

# Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben  
 Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen



Ercheint wöchentlich am Sonnabend  
 Bezugspreis: vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark  
 Eingetragen in die Postzustellungsliste

Verleger u. verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg  
 Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Schillerstraße 6  
 Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S. W. 61

Interaktionsbreite:  
 Geschäftsanzeigen kosten die sechsgehaltene Zeile 10 Pfennig.  
 Schluss für Inserate: Montag früh 3 Uhr.

## Löhne und Lebensunterhalt.

Vor kurzem hat das Statistische Amt in Frankfurt am Main eine sehr wertvolle Feststellung über die Ausgaben für den notdürftigsten Lebensunterhalt einer sechs-köpfigen Familie gemacht. Danach bedarf es täglich der Summe von 11,21 Mk., während in Friedenszeiten für den gleichen Zweck durchschnittlich 4,50 Mk. ausreichend waren. Wir sehen hier, daß fast der dreifache Betrag herauskommt, daß laut amtlicher Feststellung eine sechs-köpfige Familie 78,47 Mk. aufwenden muß, nur um dem Hunger zu wehren. Diese Summe stellt natürlich bei weitem noch nicht die Gesamtsumme aller Ausgaben für Lebensmittel dar, denn es ist vollkommen klar, daß darin noch nicht der Geldaufwand enthalten ist, der für Roh-rungsmittel „hintenherum“ ausgegeben wird. Hier fehlt über Menge und Preis jede Kontrolle, andererseits steht fest, daß kein halbwegs erwachsener Mensch im-fande ist, von dem ihm „gefällig“ Zugeteilten leben zu können, aus welchem Grunde durch den Schleichhandel die notwendige Ergänzung in der Ernährung bestritten werden muß.

Lassen wir aber deffenungeachtet 80 Mk. als Mindest-fak für die wöchentliche Ernährung einer sechs-köpfigen Familie gelten, so entsteht sofort die Preisfrage: Wie hoch muß da der Wochenverdienst des Familienober-haupt's sein, um die Familie in diesen Zeiten durchzu-bringen? Ein Wochenverdienst von 100 Mk. wäre dazu bei weitem nicht ausreichend. Miete und Steuern, beides gleichfalls erheblich gesteigert, spielen eine nicht zu unterschätzende Rolle im Haushaltbudget, und denkt man gar an den etwa notwendig werdenden Aufwand in einer sechs-köpfigen Familie für Schuhwerk, Wäsche und Kleidung, dann muß jedem ein gelindes Grinsen an-kommen nur bei dem Gedanken an die dann notwendigen Geldausgaben. Ein Anzug für 300 Mk. erscheint heute „billig“, ein Paar Stiefelsohlen (nicht Stiefel!) kosten oft 20 Mk., ein Hemd kostet 30 Mk.! Gewiß, Mutter flickt und rüstert alles zu neuem zusammen, Mäntel und Röcke werden für teures Geld gewendet, aus Ab-getragenen oder Entbehrlichem der Erwachsenen wird wieder etwas für die Kinder zusammengekauft, aber diese Taktik kann nur den drohenden Ruin hinauszögern; einmal steht man doch vor leeren Schränken, vor der Tatsache, daß alle Aushilfsmittel erschöpft sind. Und dann heißt es Neuananschaffungen vornehmen und für einen Tausender ist heute wahrhaftig nicht viel erhältlich.

Aber so wie es in der Kleidung aussieht, sieht es auch sonst im Haushalt der Arbeiterfamilie aus. Von der Anschaffung neuer Wirtschaftsgegenstände wird des hohen Preises wegen immer wieder Abstand genommen, der wackelige Stuhl wird immer wieder durch Nägel und Gegenleisten halbwegs haltbar gestaltet, Tische und Schränke werden notdürftig geflickt, gar nicht zu denken der Bettstellen und Bettzüge, die sich am ersten ab-nutzen, da sie am wenigsten geschont werden können. Jede Neuananschaffung wird hinausgeschoben, solange es noch irgendwie geht, sie muß hinausgeschoben werden, schon weil die tägliche Nahrung restlos die ganze Summe des Verdienstes verschluckt.

So geht es in fast allen Arbeiterhaushalten rapid rückwärts. Kleidung, Gebrauchsgegenstände, Möbel und Wäsche werden von Tag zu Tag brüchiger, immer mehr geht es der Armut entgegen. Und dazu der teure Nahrungsmittelfak, der wohl den Bauch soweit als möglich füllt, aber selten ein Gefühl der Sättigung hinterläßt, von einem andauernden Sättigungsgefühl ganz zu schweigen. So sieht es in den Kreisen der Ar-beiter aus, nicht etwa bei jenen, die bei niedrigen Löhnen nur noch in jämmerlichster Weise dahinvegetieren, son-derm bei denen, die im Verdienste bessergestellt sind, die bis 100 Mk. und mehr wöchentlich verdienen! Es ist einfach frivol, unter diesen der Wirklichkeit entnommenen bitteren Verhältnissen zu behaupten, die Arbeiter be-zügen zu hohe Löhne, sie seien in der Lage, recht gut Er-sparnisse zu machen. Gewiß, manche, die besser im Ver-dienst stehen und keine starke Familie haben, sparen wohl Geld, aber auch hier ist das Bild nur eine buntschillernde Seifenblase, denn sie sparen das Geld auf Kosten einer besseren Ernährung und weil sie längst nötige Neu-ananschaffungen im Haushalt scheuen, sie sparen auf Kosten des eigenen Körpers und der eigenen Häuslichkeit, die von Tag zu Tag mehr und mehr verlummt und zerfällt!

Es gibt wohl keinen Arbeiter, der nicht gut und gern seinen heutigen „höheren“ Verdienst eintauschen möchte mit den Lohn- und Steuerungsverhältnissen aus der Vorkriegszeit, obwohl auch damals schon keiner von ihnen auf Rosen gebettet war.

Die Arbeiter brauchen höhere Löhne, um sich halb-wegs sattessen zu können, um in ihrem Haushalt und ihrer Kleidung nicht gänzlich zu verliedern und zu ver-lumpen. So stehen die Dinge. Wer dem Arbeiter das Anrecht auf höheren Lohn streitig machen will, der han-delt frivol und ungerecht, zumindest geht ihm der Ein-blick in die wirklichen Verhältnisse ab. Die Arbeiter aber sollen kein Mittel unbenutzt lassen, um ihre Löhne in die Höhe zu bringen, schon aus dem Grunde, um sich nicht jahrelang nach dem Kriege nur deshalb schinden zu müssen, um nur die durch die Entbehrungsjahre des Krieges erlittenen Schäden in Kleidung, Wäsche und Haushalt wieder auszubessern. Ein solch hartes Schick-sal muß jeder nach Möglichkeit abzuwehren suchen!

## Nur kein Fatalismus.

Gar zu viel Leid hat die Menschheit in den ver-flossenen 3 3/4 Jahren zu tragen gehabt. Hunderttausende Bräute beklagen den Tod des Geliebten, dem sie in ehe-licher Gemeinschaft vollkommen angehören wollten und den im fremden Boden irgendwo, man kennt meist nicht die Stelle, der Rosen deckt. Millionen Mütter aller-Nationen bejammern tagaus, tagein heiliggeliebte Söhne, die sie in Schmerzen geboren, die sie mit Aufopferung erzogen, in die sie alle ihre Hoffnungen hineingelegt haben. Bräute, Mütter, Schwestern, Gattinnen tragen all das Weh dieses Krieges, sie weinen nicht auf den Straßen, sie klagen nicht an auf dem Markte. Sie wissen, daß sie Millionen Mitleidende haben, deshalb ver-hüllen sie ihren Schmerz. Sie verbergen ihn aber nur vor anderen Menschen, er ist ihnen heiligstes Ver-mächtnis, das sie ganz erfüllt. Fern von den Menschen, im stillen Kämmerlein, geben sie sich wehmütiger Er-innerung hin; dort betrachten sie die sich nicht schliefen-den, tiefen Wunden, die der Krieg ihrem Leben ge-schlagen hat. Sie kennen keinen Balsam, der sie heilt. Nicht einmal die Dauer der Zeit vermag den Schmerz zu lindern, denn immer neues Leid schafft der merichen-vernichtende Krieg. Die Männer lassen ihren Schmerz weniger merken; sie wissen, was der Krieg von ihnen verlangt. Ihre weichen Gefühle umpanzern sie mit scheinbarer Unempfindlichkeit. Doch wir wissen nur zu gut, was das Herz hinter diesem Harnisch empfindet. Wir tragen ja selbst dieses Leid und hüten uns, es zur Schau zu stellen. Auch die Väter tragen jedes andere Opfer lieber als ihre Söhne. Die Söhne sollten lieber alles andere leichter entbehren als ihre Väter. Man kann die Kosten des Krieges messen nach Hunderten von Milliarden, ganz gewaltigen Maßstäben; aber wie klein erscheinen diese uns früher unmöglich erschienenen Zahlenungeheuer gegenüber den Maßstäben, die not-wendig wären, das Leid der Menschen zu messen, das dieser Krieg in bald vierzehnhundert Tagen den Völkern dieser Erde bereitet hat. Es ist Unmeßbares, es ist Un-faßbares! Die Rechnung ist nicht abgeschlossen mit Geld und Tod, die Menschheit verlor in diesem Krieg nicht nur die kräftigsten Lebensalter, sondern auch viele starke Hoffnung auf Erneuerung der Menschheit. Wenn der Krieg die Zwanzig- bis Fünfund- zigjährigen zum größten Teil hinwegraffte oder doch auf das schwerste durch Wunden und dauernde Krankheit schädigte, wenn die jüngeren und älteren Mannesalter auch noch schwer an Zahl und Kraft verringert wurden, so ist das ein Verlust, den die Menschheit nicht nur unseres Zeitalters, sondern noch nach mehreren Generationen empfinden wird. Leichter ist es, den Volkswohlstand zu erneuern, als die Menschenkraft wiederzugewinnen. Frankreich und Deutschland haben längst in diesem Kriege mehr Menschen verloren als 1870/71 von ihnen in den Feld-zug gesandt wurden. Wieviel Hoffnungen, wieviel Aus-sichten auf Lichtigkeit der Menschen sind ins Grab ge-sunken! Jeder von uns kennt Fälle, wo größte Hoff-nungen für Wissenschaft, für Kunst, für soziale Ver-besserung unwiederbringlich verloren gingen, nachdem herrliche Blüten und reifende Früchte Bestes und Größtes für die Menschheit verhießen. . . .

So ist es begreiflich, daß die Menschen gleichgültig werden gegen alle Not, gegen alle Unheil, gegen allen Druck und alle Ausbeutung, die künftige Zeiten bring-en könnten. So hören wir von gar vielen: Wozu sollen wir der Gewerkschaft angehören, zur Partei steuern, das Arbeiterblatt lesen? Wir können doch nichts ändern an dem Schicksal. Was kommen mag, wird eben kommen! Was kommen wird, vermögen wir nicht aufzuhalten. Diese Meinung, nur allzu stark verbreitet, droht zu noch weit größerem Unheil zu reifen als all das, was wir nun schon zu tragen haben! Sind doch die Aufgaben der Arbeiter-schaft riesengroß! Wir müssen alles daransetzen, daß der Krieg sich nicht wiederhole. Soweit menschliche Kraft und menschlicher Wille ausreichen, sollen die Wir-kungen dieses Krieges einigermaßen ausgeglichen wer-den. So müssen wir verlangen, daß alle gesundheitliche Fürsorge, aller Schutz gegen Ueberarbeit, gegen Berufs-frankheit und Unfall der heranwachsenden Jugend, den aus dem Kriege Heimkehrenden, den Müttern zuteil werde. Wir müssen dafür sorgen, daß durch eine aus-reichende Ernährung die im Kriege sehr geschwächte körperliche Widerstandskraft wieder gefestigt wird, daß die Wohnungen für die heimkehrenden Krieger, aber auch für alle anderen Minderbemittelten in ausreichendem Maße hergestellt und zu erträglichen Preisen zur Verfügung gestellt werden. Wir müssen uns für die politischen Rechte der breiten Massen einsetzen. Wie die Steuern unter Schonung der Reichen auf die Massen ge-legt werden sollen, hat Graf Roedern nur zu anschaulich gemacht. Wir müssen dafür sorgen, daß die Arbeiter beim Aufhören der Kriegsindustrie und bei der Schwie-rigkeit der Wiederherstellung der Friedenswirtschaft nicht geschädigt werden. Wir müssen darauf bedacht sein, daß das Selbstbewußtsein der Arbeiter, ihre geistige Frische, die Möglichkeit, ihre Interessen selbst-ständig zu vertreten, keine Hemmungen erfahren.

Deshalb dürfen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht dem entnervenden Fatalismus hingeben, sie dürfen nicht bereit werden, ihr Schicksal so zu tragen, wie es andere gestalten möchten und wie es werden würde, wenn die Arbeiter die Hände in den Schoß legen und ihre Organisationen vernachlässigen und den Regie-rungen und den bürgerlichen Parteien allen Spielraum lassen würden, das Schicksal von Reich und Land, von Gemeinde und Arbeitsverhältnis ganz allein zu be-stimmen.

„Alle Kraft soll jeder von uns unausgelezt anwenden, um den Fatalismus, die Indolenz, die Gleichgültigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen mit aller Entschiedenheit und mit aller Lebhaftigkeit zu be-kämpfen, ja auszurotten.“

(Wolff Braun in der „Fränkischen Tagespost“.)

## Die Notleidenden.

Die Kriegszeit hat uns unaufhaltbar an Ent-behrungen gewöhnt, aus unserem Haushalt ist ein wertvolles Nahrungsmittel nach dem andern ver-schwunden, und manche Dinge schweben uns nur noch in der Erinnerung vor, wobei sehnsüchtigsooll die Frage aufgeworfen wird, wann werden wir wieder zu den ehemaligen Genüssen zurückkehren. Wenn das alles sein müßte, wenn alle in gleicher Weise an dieser Un-bill tragen würden, dann würde manche Bitterkeit aus den sehr berechtigten Klagen der Notleidenden ver-schwinden. Aber jeder sieht: es gibt Leute, die es ver-stehen, sei es infolge ihres Geldackes oder einer nie verlagenden Unerblichkeit, sich aller Entbehrungen zu entziehen; sie gehören zu den Glücklichen, denen nichts ver sagt ist. Wenn schon dieser starke Kontrast in der Lebenshaltung zu heftigen Anklagen und Unzu-friedenheiten Anlaß gibt, so muß die Art, wie in den Kreisen der Satten jede Gleichstellung bekämpft wird, geradezu aufreizend wirken.

Bezeichnend für den Mangel des Empfindens da-für, was in dieser Zeit die Landwirtschaft uns geben muß, ist das wüste Treiben, das sich um Dr. Koeside und v. Oldenburg gruppiert, das Sturmlaufen gegen die Zwangswirtschaft, gegen die angebliche Bedrückung der Landwirtschaft. Jeder verständige Mensch wird es begreifen, daß der Landwirt nicht die Hungerkuren der Städte mitmacht, er produziert und er wird zunächst

zugreifen, um seine Bedürfnisse zu befriedigen. Es werden deshalb auch die Einteilungen, die dem Landwirt vorgeschrieben werden, soweit der eigene Verbrauch in Frage kommt, nie innegerhalten; sie sind eigentlich nur eine Demagogik, auch derjenigen zu geboten, die sich heute nicht fetter fühlen. Zudem sind die berechneten Mägen für den eigenen Verbrauch des Landwirts immer reichlicher als für die Stadtbevölkerung, auch hingegen wird nichts einzuwenden sein. Gemessen in diesem Maße ist es nur, wenn die Wertstoffe einer strapaziösen Mägenmethode des Bundes der Landwirte sich heute wieder als die Notleidenden, als die Bedrängten hinstellen und in ihrer bekannten Art mit dem nötigen Maß ihre Forderungen zu betreiben wissen.

Heraus aus dem Zuchthaus ruft Herr v. Oldenburg den westpreussischen Gutsherrn zu, um natürlich mit diesem Schlagwort die lebhafteste Zustimmung in diesem Kreis auszulösen. Sei, wie würden da die Preise steigen, wenn alles ohne Höchstpreise dem Weisheitenden verkauft werden könnte. Leiden nicht die westpreussischen Gutsherrn schweren Schanden, da sie nur einen Teil ihrer Butter im Schleißhandel, das Pfund zu 20 Mk., absetzen können? Werden ihnen nicht für die Eier 75 Pf. bis 1 Mk. geboten, während sie bei der Beschlagnahme kaum die Hälfte bekommen? Werden nicht für den Zentner Korn bis zu 200 Mk. geboten, und läßt sich nicht von dem städtischen Fuhrhalter bis zu 120 Mk. für Hafer und Gerste herausgeben? Warum sollen die Ostelbier diese schöne Kriegskonjunktur nicht ganz ausnützen? Der Handel muß wieder seine Freiheit bekommen, damit nicht in die Gerentrechte der Ostelbier eingegriffen wird. Gewiß werden ihnen zu reichlich hohem Preise die Erzeugnisse der Wirtschaft abgenommen, aber die Ausflüchte auf höheren Gewinn lassen alle sozialen Einsichten schwinden; nur drauf los, die Zeit ist günstig, um mehr einzuhelfen.

Gegenüber dieser nimmerfatten Spektakelpolitik der Ostelbier erträgt die Arbeiterschaft geradezu mit Jammergeduld die harten Entbehrungen. Zwar, die Arbeiter möchten auch aus dem Zuchthaus heraus, denn die Kost nähert sich recht bedenklich dem Speisegettel dieser Anfallstöße; nur wäre es töricht zu glauben, daß die Herren Kosside und v. Oldenburg mit ihren Verschlägen die Rettung bringen. Das wäre zum ersten Mal in der preussischen Geschichte, daß die Wortführer der Gerentkaste der Ostelbier zu einer Tat fähig wären, die dem preussischen Volke in trüben Zeiten Nutzen und selbstlos zumuten käme.

Wie unerhört provozierend diese Aktion des eigenen Agrariertums ist, kommt uns zum Bewußtsein, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß es in diesem Jahre nur mit Mühe und Not gelungen ist, sozial Notgeplagte zu erfassen, um nicht gänzlich die städtische Bevölkerung in den letzten Wochen vor der Ernte vor das Nichts zu stellen. Und trotz der guten Kartoffelernte gelang es auch hier nicht den Bedarf zu decken. Wäre nicht rücksichtslos in die Schweinebestände eingegriffen worden, dann wären wir mit den Kartoffelbeständen bereits im Frühjahr zu Ende gewesen; und wenn wir demgegenüber auf die freie Abgabe des Landwirts und die freie Bewirtschaftung im Handel uns verlassen wollten, so wäre mit absoluter Sicherheit darauf zu rechnen, daß noch größere Mengen von Korn und Kartoffeln verfaulen würden, als es schon geschah; einen Teil hätten die Zahlungsfähigen schnell aufgekauft, und ein weit kleinerer Rest als jetzt wäre bei diesem Marktwort für die ärmeren Volksmassen verblieben, das sie sich dann im Rennen und Jagen gegenseitig hätten abjagen können. Auf diese Versorgung wollen wir uns nicht einlassen, obwohl wir auch im geltenden System keine ideale Lösung finden, die es überhaupt in der kapitalistischen Gesellschaft nicht gibt.

Es ist nicht überraschend, daß die Kosside und Oldenburg auch bei den zahlungsfähigen Städtern mit ihrem System Anerkennung gefunden haben; vom Standpunkt der Zahlungsfähigen verspricht es den Nutzen einer reichlichen Versorgung. Der Preis würde die ganze Höhe erklimmen, die bei einer schwachen Nachfrage nur erreicht werden kann; der Minderbedarf kann da nicht mitkommen, er wird beiseite gelassen.

Damit kommen wir zu einer zweiten Klasse der „Notleidenden“, denen wir uns auch ein wenig widmen müssen. Als im Frühjahr die Bundesratsverordnung bekanntgegeben wurde, wonach in den Badeorten der Aufenthalt von Fremden beschränkt werden kann, abgesehen von Kranken, die nach wie vor einen Vorzug genießen sollten, erhob sich nahezu in der gesamten bürgerlichen Presse eine Entrüstung gegen diese Verordnung. Die Bemühungen sind nicht ohne Erfolg geblieben. Aus sehr vielen Bade- und Erholungsarten hat man, daß die Verpflegung ganz vorzüglich ist, fast wie zu Friedenszeiten zur Verfügung steht. Man kann es den Bandleuten nicht verargen, wenn sie die vielen, nicht gerade an Unterernährung Leidenden, die sich während des Sommers in den Badeorten aufhalten und nach einigen Wochen ihren Aufenthaltort wechseln, mit nicht gerade angenehmen Gefühlen betrachten; noch weniger ist die Entvönerung solcher Orte erlaubt, wenn sie sehen muß, daß ihnen alle Lebensmittel verteuert und die Rationen immer dürftiger für sie werden. Dabei benimmt sich die heraus-

gekommene Schicht der Kriegsgewinnler annähernd und prompt und erweckt so bei manchem den Eindruck, die städtische Bevölkerung sei allgemein demselben Schlag. In welcher Weise man z. B. in Bayern über diese Fautler, die sorglos in den Tag hineinleben, denkt, dafür genügt das Urteil der Einzelnen zu erfahren. Niemand wird dem Beamten oder Angestellten seine paar Wochen Erholung mißgönnen; aber um der Sorte Erholungsbefürhtiger, die monatelang im Überflut sich gut tut, während andere bei schwerer Arbeit mit harten Entbehrungen zu kämpfen haben, wird für die übrige Bevölkerung die Fleischration gekürzt, die letzten Kartoffeln sind längst verbraucht, nur in den Badeorten spüren die Sommergäste nichts. Vor kurzem ging durch die Presse die Mitteilung, daß allein in Bayern 400 000 Stück Rindvieh ohne Schlachterlaubnis in den Badeorten verschwunden sind. Ein Zustand ungeheurer Art. Mit Recht wird verlangt, daß die Fleischration für die Sommergäste nicht höher sein darf als für die übrige Bevölkerung. Aus anderen Badeorten kommen ähnliche Schilderungen, und das alles in einer Zeit, wo die ärmere Bevölkerung fortgesetzt in schwerer Sorge ist, woher sie den täglichen Bedarf nehmen soll.

Dieserjenige, die bei schwerer Arbeit ihr Tagewerk verrichten, müssen sich mit einer kümmerlichen Versorgung begnügen, während die anderen sorglos in den Tag hineinleben. Muß nicht dieser Kontrast, der täglich dem Arbeiter vor Augen tritt, die Stimmung in der übelsten Weise beeinflussen?

Dabei setzen von einflussreichen Seiten die Vermählungen ein, diesen Zustand noch zu verschärfen. Der höhere Lohn, den der Arbeiter erreicht, geht voll auf für Lebensmittel; an ein Anschaffen von Kleidung, Wärme oder sonstigem Hausbedarf kann gar nicht gedacht werden, da die Preise nicht mehr erschwinglich sind. Dem Arbeiter ist nicht mehr zu entfliehen, denn er durchbricht die Schranken und findet überall Verteiliger. Gelegentlich spricht man davon, welche ungeheueren Opfer das Volk ertragen muß; leider nehmen diese Worte nicht alle auf sich, sondern wälzen sie auf die dort unten ab, und sie sind am Werk, dies noch nachhaltiger und rücksichtsloser zu tun, wenn man an verantwortlicher Stelle diesem Treiben nachgibt.

R. Schmidt

### Dem Weltkriegs

- Gefallen sind aus der Rostocker:
- Berlin: Max August, Gärtner, Deutsche Bierbrauerei; Franz Wenzel, Glasfensterarbeiter, Bahnhöfer Straßent. 11.
  - Düsseldorf: Heinrich Kayberg, Brauer, Reuß;
  - Kulmbach: Johann Lindner, Brauer, Magistraß.
  - Johann Berg, Metzger, Sandwärtstraße;
  - Mannheim-Ludwigsbafen: Matthias Eißel, Müller, Wamshelm.

Obre Ihre Anbenten!

In Gefangenschaft geraten ist Fr. Weingrabe, Hannover-Wilfel.

### Gewerkschaftliche Rundschau

Der Deutsche Holzarbeiterverband hatte zu Anfang des vorigen Monats eine Städtelkonferenz einberufen, um zu dem Ergebnis der Münchener Verhandlungen, die im August mit dem Arbeitgeberverband stattgefunden haben, Stellung zu nehmen. Das Ergebnis der Verhandlungen war eine neue Teuerungszulage für Arbeiter über 18 Jahre von 10-15 Pf. vom 1. August ab und weitere 10 Pf. vom 1. Dezember; Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren sollen 10-12 Pf. erhalten. Etwas Weiteres war von Unternehmen nicht abzurufen und wurden auch alle sonstigen Wünsche in bezug auf die Arbeitszeit, Montaggarantien und dergleichen abgelehnt. Ferner verlangten die Arbeiter die Zulage, daß vor dem 1. April 1918 neue Forderungen nicht mehr erhoben werden dürfen. Die Delegierten der Städtelkonferenz nahmen diese Vereinbarungen nach heftiger Debatte gegen eine starke Minderheit an, aber unter der Voraussetzung, daß der Verband beauftragt wurde, über einige Punkte mit der Arbeitgeberorganisation noch einmal zu verhandeln.

Im Baugewerbe ist es jetzt, trotz des anfänglich abblühenden Standpunktes des Arbeitgeberverbandes am 11. September in Leipzig zu Verhandlungen zwischen den leitenden Zentralinstanzen gekommen. Diese Teuerungszulage ist die vierte und treten neue Zulagen am 1. Oktober und am 1. Januar 1918 in Kraft. Vereinbarung wurde, daß diese neue Zulage in den Orten bis zu 10 000 Einwohnern 8 Pf., bis 50 000 Einwohnern 10 und in den noch größeren Orten 15 und für Hamburg 20 Pf. pro Stunde betragen soll. Am 1. Januar kommen in der untersten Stufe noch 7 Pf., in der zweiten und dritten 10 Pf. und für Hamburg noch 9 Pf. hinzu. Ferner wurden noch Sonderbestimmungen getroffen für das obersteißliche und rheinisch-westfälische Industriegebiet, sowie für Neubauten der Holzindustrie. — Dieser Verhandlungen ging eine Vertretung des Bauarbeiterverbandes voraus, in welcher der Vorsitzende Häpplow über den Stand der Organisation berichtete. Dem Bericht zufolge hat der Bauarbeiterverband sich im Vorjahre nicht so günstig entwickelt wie andere Organisationen, die mehr durch die Kriegsindustrie begünstigt wurden. Der Mitgliederbestand betrug am 30. Juni 88 464 gleich einer Zunahme von 8528. Dabei wurden im letzten Halbjahr allein 12 800 Aufnahmen gemacht. Die Finanzen haben sich infolge der geringeren Ausgaben wieder stark verbessert. Im weiteren befaßt sich die Konferenz mit der Berufslage und den obigen Verhandlungen.

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet haben in verschiedenen Orten die Bergarbeiter im Laufe

des vorigen Monats lokale Arbeitsniederlegungen durchgeführt. Die Ursachen hierzu sind in der ungenügenden Bezahlung der Bergarbeiter zu suchen und nicht, wie die Unternehmerpresse überall zu verbreiten sucht, daß die Ernährungsverhältnisse den Arbeitern mangelnde Leistungsfähigkeit vor. Den Bergarbeitern wurde versprochen, daß im Jahre 1918 die Löhne in dem gleichen Maße steigen sollten wie 1917 und sind auch die Erhöhungen der Kohlenpreise, die weit über das Doppelte gegen 1914 gestiegen sind, die Voraussetzung für die Durchführung höherer Löhne gewesen. Im übrigen steht die Unternehmerschaft im Bergbau noch auf dem alten Fersim-Hause-Standpunkt und lehnt direkte Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen ab. Unter diesen Umständen sind die Streikausbrüche erklärlich und kaum zu vermeiden.

Wir hatten vor einiger Zeit über eine Bewegung berichtet, welche die Staatsarbeiter in Spandau erfaßt hatte und die nach mehreren Hunderttausenden zählte. Statt Zulagen hatten in diesen Betrieben, welche hauptsächlich Munition anfertigen, zum Teil erhebliche Abzüge stattgefunden. Es haben jetzt wieder erneute Verhandlungen stattgefunden, an denen auch die antraggebende Behörde, das Kommando, teilnahm. Die Abzüge bei den Arbeiterarbeitern werden vom 1. März ab nachgezahlt, dagegen die Arbeiterlöhne selbst nicht erhöht. Die einzelnen Lohnklassen erhielten eine Zulage von 10 Pf., so daß in der 1. Lohnklasse der Stundenlohn 2,20 Mk., in II 1,80 Mk., in III 1,50 Mk. und in IV 1,20 Mk. beträgt. Die Arbeiterinnen erhalten fortan einen Stundenlohn von 96 Pf. und 1,10 Mk. Auch wurden die alten Festlohnsätze, die noch aus dem Jahre 1904 stammen, um 15-20 v. H. erhöht. Die beteiligten Arbeiterauschüsse haben dem Vereinbarungen zugestimmt. Leider sind an den Erfolgen auch wieder Tausende von Arbeiterorganisationen beteiligt, die ohne einen Ankerpunkt zu machen, die erreichten Vorteile in die Tasche stecken.

Die Berliner Gemeindefabrikanten verlangen für den ganzen Bezirk Groß-Berlin den 1. Oktober den Tag. Begründet wird diese Forderung mit der herabgesetzten Leistungsfähigkeit der Arbeiter infolge der schlechten Ernährungsverhältnisse und der Verteilung, die ein zeitiges Erreichen der Arbeitsstelle fast unmöglich macht. Auch wird die den Arbeitern in Aussicht gestellte einmalige Teuerungszulage als ungenügend bezeichnet und eine Gleichstellung mit der vierten Vermögensklasse gefordert.

Die Sanitätsbeamten rufen sich jetzt sehr energisch und stellt das Forderung, der „Deutsche Wandbau“, folgende Forderungen auf: Verdoppelung der festen Gehälter; ferner ein einmalige Zulage für Anschaffungen und Entschädigungen von 200 Mk. für Angehörige mit einer fünfjährigen Betriebszugehörigkeit, 300 Mk. Zulage für Ehegatten und 200 Mk. für das Kind. Für alle anderen Angestellten mit kürzerer Tätigkeit 1000 Mk. Das Wort meint dazu: „Dawit wäre ein beschreibender Anfang gemacht.“

Die Ernährungsfragen werden immer mehr ein neues Aufgabengebiet unserer Gewerkschaften. Ueber die Vorstellungen beim Reichsanwalt haben wir bereits berichtet. Vor dem hatte sich schon die Städtelkonferenz der Holzarbeiter mit dieser Thema beschäftigt und den Schlichterpartei stark verurteilt. Eine außerordentliche Landeskonferenz der Gewerkschaften Thüringens befaßte sich gleichfalls mit der Ungünstigkeit der Lebensmittelversorgung. Die Arbeitergemeinschaft der Metallarbeiterorganisationen in Rheinland-Westfalen unterbreitete dem stellw. Generalkommando des VII. Armeekorps den Antrag auf Erhöhung der Ration auf 4 Pf. und der Kartoffelmenge auf 10 Pf., sowie als Ersatz für das fehlende Fleisch und Fett Teigwaren zu verabsorgen. Auch die Bremer Gewerkschaften nahmen eine Entschließung an, in der eine bessere Versorgung der Arbeiterfamilien gefordert wurde.

Aus den Geschäftskreisen und Jahrbüchern der Gewerkschaften für das Jahr 1917 ist hervorzuheben: Der Metallarbeiterverband hat im Vorjahre eine Entwicklung genommen, die alles bisherige übertrifft. Die höchste Mitgliederzunahme im Frieden hatte das Jahr 1910 mit 90 007, 1917 brachte nicht weniger an neuem Zuwachs als wie 145 570 gleich 59 v. H. Der Mitgliederbestand am Jahresausgang 1917 betrug 522 000, darunter 22 000 weibliche. Befragt wird die außerordentliche Pluktion der weiblichen Mitglieder. Die Entnahmen der Organisation sind um 84 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahre gestiegen und die Ausgaben betrugen 7 Millionen Mark bei 18 Millionen Mark Entnahmen. Bedeutend erhöht sind die Werte an Lohnleistung und Arbeitszeitverlängerung, welche der Verband im Vorjahre erreichen konnte. Im 2831 Lohnbewegungen waren 1 577 702 Personen beteiligt, davon 488 610 Mitglieder des Verbandes. Wenn auch angenommen werden kann, daß unter dem Rest sich noch ein erheblicher Teil unorganisirter Arbeiter befindet, so dürfte doch die Zahl der Organisirten, die auch genießen ohne zu ernten, recht beachtlich sein. Für 287 000 Personen wurde eine Arbeitszeitverlängerung von 884 768 Stunden erreicht. — Der Transportarbeiterverband kann für das Vorjahr über eine Mitgliederzunahme berichten und beträgt das Wachstum an Mitgliedern 6128. Die Zahl der weiblichen Aufnahmen war größer als die der männlichen und hat die Frauenarbeit selbst in dem Transportgewerbe ständig an Umfang gewonnen. Insgesamt wurden 1206 Lohnbewegungen mit 1 06 678 Beteiligten durchgeführt und zum großen Teile mit vollem Erfolg. Für 6888 Personen konnte eine beträchtliche Arbeitszeitverlängerung herausgeholt werden und außerdem beachtliche Lohnzulagen. Das Verbandsvermögen hatte einen Zuwachs von 107 118 Mk. — Der Glaskarbeiterverband hatte im Jahre 1917 1000 neue Mitglieder gewonnen und hat die Zunahme auch noch in dem Geschäftsjahr 1918 angehalten. Die Massengabe ist eine normale, trotzdem einige Unterhaltungsarbeiten mehr Aufmerksamkeit erforderten wie im Vorjahre. In einzelnen Berufsparten haben sich die Verhältnisse zwischen Arbeitgeberverband und der Organisation verbessert, allerdings unter zunächst minimalen Zugeständnissen. Am rücksichtslosigsten zeigte sich die Beschäftigungsindustrie. Die Arbeiter auf Fließbandmolekolen haben unter Mithilfe der Behörden den besten abgeknippt. — Auch der Bergarbeiterverband hat zum

erstermal seit Kriegsausbruch einen Mitgliederzuwachs zu buchen, trotzdem noch eine erhebliche Zahl zum Seere eingezogen wurde. Das Verbandsvermögen blieb stabil. Der Bericht klagt weiter über eine starke Zunahme der Entlassungen, namentlich Bungenleiden, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß die Mitglieder in berufswidrigen Industrien arbeiten. — Der Rotenfelderverband hat mit einer überaus schwierigen Berufslage zu kämpfen und zählt nur noch 177 Mitglieder. Eine Erhebung stellt den Durchschnittsverdienst pro Mitglied und Jahr auf 1908 Mk. und 284 Mk. Steuerungszulage fest. Der Verband hat noch ein Vermögen von 69 476 Mk. — Die Kriegswunden haben bei den Mitgliedern des Kriegervereinsverbandes den Entschluß reifen lassen, die Organisation aufzulösen. Vor Ausbruch des Krieges zählte der Verband noch 412 und am Jahreschluss 1917 97 Mitglieder. Das Vermögen soll einer Krankenkasse überlassen werden. Warum wird hier nicht der Anschluß an eine verwandte Organisation erwogen? — Der Kaiserverband, welcher sehr schwer unter der Kriegswirkung zu leiden hat, darf für 1917 von einem Stillstand der Mitgliederbewegung in der Mitgliederbewegung berichten. Der Verband ist im Laufe des Krieges von 44 842 Mitgliedern auf 7229 zurückgegangen bei 30 000 Seereangehörigen. Im Geschäftsjahr 1917 trat eine gewisse Stabilisierung ein, das Verbandsvermögen ging allerdings noch infolge der Unterstützungsverpflichtungen von 898 580 Mk. auf 798 888 Mk. zurück. Auf dem Gebiete der Verbesserung der Wohn- und Arbeitsbedingungen gelang es annehmbare Resultate zu erreichen. — Der Deutsche Textilarbeiterverband erwirkt unter Mitwirkung des christlichen Textilarbeiterverbandes für die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Baumwollwebereien der Oberlausitz eine Lohnnachzahlung von 20 000 Mk.

**Bewegungen im Berufe.**

**Brauereien, Brennereien.**

† **Altena.** Auf Antrag der Organisationsleitung bewilligte das Brauhaus Teutonia dieselben Steuerungszulagen wie in den Verbandsbrauereien.

† **Augsburg.** Bei den letzten Verhandlungen mit dem Verein Augsburger Brauereien betr. Regelung der Lohnverhältnisse, vollständige Bezahlung der Feiertagsarbeit, Erhöhung der Ueberstundenvergütung usw. wurde von den Vertretern der Arbeiterchaft mit aller Entschiedenheit auch eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Die Arbeitgeber konnten sich jetzt zu dieser Maßnahme noch nicht beschließen, sie erklärten sich jedoch bereit, auf ihre Mitglieder einzuwirken, vom 1. Oktober d. J. an die Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu verkürzen. Nimmerehr war in dieser Sache wieder, bei dem Brauereireis ist andererseits diese Frage in Vergessenheit geraten. In unserer Mitgliederversammlung am 28. September wurde nach einem Referat des Kollegen Goldfurner eine Entschließung angenommen, in welcher die Arbeitgebervereinbarung an ihre Versprechungen erinnert, und die in Aussicht gestellte Arbeitszeitverkürzung gefordert wurde. Dieses Eingreifen hatte Erfolg, die Brauereivereinigung teilte uns mit, daß mit dem 7. Oktober die Verkürzung der Arbeitszeit von täglich einer halben Stunde in Wirksamkeit tritt. Die Augsburger Brauereiarbeiter haben auch diese Organisationskraft ausschließlich ihrer Organisation zu verdanken. Auch die Lohnverhältnisse lassen sehr zu wünschen übrig und sind von den Provinzialstädten in Schwaben schon überaus überholt. Wenn aber eine durchgreifende Verbesserung erreicht werden soll, dann müssen sich die Arbeiter endlich aufraffen und mehr als bisher der Organisation beitreten. Die Interesselosigkeit der hiesigen Brauereiarbeiter hat sich schon bitter gezeigt. Darum Kollegen, hinein in den Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter, denn nur in der Einheit liegt die Macht.

† **Breslau.** Die Societätsbrauerei in Gortau (Schlesien) bewilligte eine weitere wöchentliche Steuerungszulage von 12 Mk. für verheiratete und 10 Mk. für ledige Arbeitnehmer. Die Arbeitszeit wurde um eine halbe Stunde täglich verkürzt. Für Ueberstunden an Wochen- und Sonntagen, die siebente Schicht, du jour und Nachtarbeit erfolgt ein Zuschlag von 25 Proz. Die Speisen der Dienstfahrer werden um 1 Mk. täglich erhöht.

† **Dresden.** Am 4. Oktober stattfand in einer Versammlung der Brauereiarbeiter Kollege Winkler Bericht von der mit den Direktoren stattgefundenen Verhandlung über die Forderungen der Arbeitnehmer. Die Brauereien haben von den geforderten Sägen zur Steuerungszulage nur ein Fünftel bis ein Drittel bewilligt, die Verkürzung der Arbeitszeit aber ganz abgelehnt. Nach eingehender Debatte wurde nachstehende Entschließung angenommen:

Die am 4. Oktober im Volkshaus in Dresden tagende Versammlung der Arbeitnehmer der Verbandsbrauereien lehnt das Angebot der Brauereien als nicht genügend ab. Die Arbeitnehmer bestehen nach wie vor auf ihren gerechten Forderungen und beantragen die Lohnkommission erneut in Verhandlungen mit den Arbeitgebern einzutreten. Sollten die Verhandlungen kein befriedigendes Ergebnis zeitigen, so ist die Lohnkommission verpflichtet, das Gewerbegericht über Schiedsamt anzureufen.

† **Darmstadt a. G.** Durch Verhandlung der Arbeiterausschüsse, der Bezirksleitung und Anrufung des Schlichtungsausschusses erfolgte im dem hiesigen Brauereireis Aktien um 5.50-7 Mk. Auch die Ueberstundenvergütung wurde dementsprechend aufbessert. Die Arbeitszeit wurde schon früher von 9 1/2 auf 9 Stunden verkürzt.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen in diesem Betriebe sind geschlossen organisiert; zu männlichen wäre nur, daß dieses Beispiel auch bei den Kollegen in Gortmadingen, Donaueschingen usw. Nachahmung findet.

† **Witten.** Auf unsere eingereichten Forderungen hatten die Brauerei- und Brennereibesitzer sich bereit erklärt, ab 30. August die Steuerungszulage um 8 Mk. pro Woche für männliche Vollarbeiter über 16 Jahre und 2 Mk. für weibliche zu bewilligen. Eine Versammlung am 10. September erklärte das Angebot als zu gering. Weitere Verhandlungen lehnten die Arbeitgeber ab, deshalb wurde der Ablehrschrein in einigen Betrieben gefordert. Das bewirkte eine weitere Zulage von 3 bzw. 2 Mk. pro Woche von sämtlichen Brauereien und Brennereien.

Diesen Abmachungen hoben sich auch die Brennerei und Preßfabrik von E. Lafèvre sowie die Brauerei Grabow angeschlossen, beide Firmen gehören nicht der Vereinigung der Brennerei- und Brauerei-Interessenten Bonnmergen an. Mit den Steinkolner Spritwerken sind die Verhandlungen noch in der Schwebe. Die Arbeiter können hieraus wieder einmal den Vorteil einer streifen Organisation und der Einheit sehen.

† **Welsch.** Auf Grund einer Eingabe der Arbeiter durch die Bezirksleitung erhöhte die Aktienbrauerei die Steuerungszulage um 5 Mk. pro Woche und die Ueberstundenvergütung um 15 Pf. pro Stunde.

† **Westerlen.** Die Brennerei Lornesch erhöhte die Löhne für Arbeiter um 2 Mk. und für Arbeiterinnen um 1 Mk. pro Woche.

**Mälzerei.**

† **Duisburg.** Versuche der Kollegen der Rosing- und Bittmerer Walzenmühlen, die Lohnverhältnisse zu regeln, führten dazu, daß mit allen Mälzern am Orte unter Leitung des Gewerberates Verhandlungen über Neuregelung der Lohnverhältnisse stattfanden. Die Unternehmer erklärten schon eingangs der Verhandlungen die Forderungen als zu maßlos hoch und deshalb als unbillig.

Nach einer allgemeinen Aussprache, in der beide Seiten den Willen zur Schaffung einheitlicher Verhältnisse in allen Betrieben und für alle Arbeiter betonten, wurde dann zur Vergleichung der gegenseitigen Lohnstatistiken geschritten, wobei es sich gleich zeigte, daß sehr große Differenzpunkte zu beseitigen sind. Lohnunterschiede bis zu 2.— Mk. und darüber pro Schicht und Arbeiter, der bislang gezahlten Löhne waren vorhanden.

Um nun eine Verhandlungsbasis zu schaffen, mußten die bislang gezahlten höchsten Löhne herangezogen werden, worauf sich dann wiederum die neu zu gewährenden Lohnsätze aufbauten.

Wichtig bei diesen Verhandlungen war, daß die neben den Löhnen laufenden Steuerungszulagen beseitigt, und einheitliche Schichtlöhne eingeführt werden konnten.

Es war dies für Duisburg das erste Mal, daß mit den Unternehmern gemeinsam über die Verhältnisse der Arbeiter beraten wurde. Hoffentlich sorgen nun die Kollegen auch dafür, daß die Organisation so gefestigt aus dieser Bewegung hervorgeht, daß zu jeder Zeit, wenn es gilt, die Interessen zu vertreten, sie auch wirksam eintreten kann.

**Rundschau.**

**Aus Industrie und Beruf.**

Das Jahreshelmskontingent für das Gebiet der norddeutschen Brauereivereinigung, die am 29. September in Bielefeld stattfand, hat beschlossen, daß ab 1. November 1918 der faktische Höchstbeitrag in Höhe von 80 Pf. möglichst von allen Mitgliedern des genannten Jahreshelms gezahlt werden soll. Einig waren die anwesenden Vertreter auch darin, daß hinsichtlich einer besseren Finanzierung des Verbandes baldmöglichst etwas Durchgreifendes geschehen müsse, um dem Verband die Erledigung der ihm bevorstehenden schweren Aufgaben im Interesse der Gesamtkollegenchaft auch zu ermöglichen.

Betriebskonzentration. Die Brauerei in Löhau in Westpreußen ist in den Besitz der Brauerei Englich & Brunsen in Elbing übergegangen.

Die Brauerei Körner in Ludwigsburg wurde von Brauereibesitzer Risch in Balingen a. d. N. gekauft. Das Hofbrauhaus Coburg hat das Kontingent der Vereinsbrauerei Coburg erworben. Die Rundschau der Vereinsbrauerei wird ab 1. Oktober durch das Hofbrauhaus versorgt und die Vereinsbrauerei stillgelegt.

Die Breslauer Spiritfabrik hat 800 000 Mk. neuer Aktien der Oestereichischen Bierbrauerei in Siedenburg übernommen. Wir haben kürzlich berichtet, daß diese Brauerei die Mälzfabrikation aufzunehmen beschlossen hat.

Wahlkontingents der Bierbrauereien. Das Kriegsernährungsamt gibt bekannt: Die Verordnung über die Wahlkontingents der Bierbrauereien und den Malzhandel vom 20. November 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 1061) gilt für das am 1. Oktober 1918 beginnende neue Kontingentsjahr unverändert fort. Änderungen sind zurzeit nicht beabsichtigt. Ueber das Maß und die Teilfolge der Belieferung der Kontingents mit Getreide und über die Beteiligung der Handelsmälzereien an der Vermahlungsarbeit werden die Bestimmungen in nächster Zeit ergeben.

Demnach beträgt das Kontingent für das norddeutsche Brausteuergebiet und der Maß 10 Proz. des Durchschnittsverbrauchs der Jahre 1912 und 1913, in Bayern 15 Proz.

**Aus der Gewerkschaftsbewegung.**

Mitgliederzunahme und Unterstützung in den Zentralverbänden. Nach der jüngsten von der Generalkommission vierteljährlich vorgenommenen Erhebungen gählten die ihr angeschlossenen Zentralverbände, ohne die Verbände der Thüringer und Deutschen Eisenbahner, am Schlusse des zweiten Vierteljahres zusammen 1 868 799 Mitglieder, darunter 892 617 weibliche, gegen 1 829 619 am Ende des vorigen Vierteljahres. Es vermehrte sich die Mitgliederzahl seit dem 31. März um 38 280 und seit Ende des Jahres 1917 um 105 086. Gegenüber dem Bestande am Schlusse des zweiten Vierteljahres 1918 ist noch ein Verlust von 1 148 786 = 45,8 Proz. zu verzeichnen. Die Verbände der Bergarbeiter, Bureauangestellten und Cantier- und Warteleute haben den Bestand der Mitglieder vor dem Kriege gegenwärtig bereits überschritten. Seit Beginn des Krieges verausgabten die Zentral-

verbände für Unterstützungen zusammen 73 125 208 Mk., davon für Arbeitslosenunterstützung 25 682 017 Mk. und für Unterstützung an Familien von Kriegsteilnehmern 28 682 017 Mk.

**Volkswirtschaftliches, Soziales.**

„Schuldenwürdigkeit“ des Mieters. In dem in Nr. 40 der „Verbandszeitung“ mitgeteilten Erlaß des Staatssenators für das Wohnungswesen heißt es:

„Mit der Mieter nicht schuldenwürdig, so wäre es unbillig, ihn dem Vermieter weiter zur Last fallen zu lassen, selbst wenn der Mieter anderweitig eine Wohnung nur schwer zu finden vermag. Die Zurückweisung der Anträge des Mieters ist namentlich da geboten, wo er durch ständige Verkäufe gegen die Hausordnung, unsittlichen Lebenswandel und dergleichen berechtigten Grund zur Kündigung gegeben hat.“

Dazu bemerkt der „Vorwärts“: Also auch durch „Rändige Verstöße gegen die Hausordnung“ kann man „berechtigten Grund zur Kündigung“ geben und dann dem Vermieterungsamt als „nicht schuldenwürdig“ gelten. Hier bitten wir unsere Leser, einmal ihre Mietverträge hervorzuholen und den Paragraphen über die Hausordnung durchzusehen, deren Bestimmungen wohl so ziemlich in allen Verträgen dieselben sind. Man verstößt gegen die Hausordnung, wenn man z. B. vor den Haustüren in den Höfen, auf den Treppen und auf den Fluren umhersteht oder sitzt, wenn man in der Wohnung die Wäsche reinigt und zum Trocknen aufhängt, wenn man Haus-, Kuh- oder andere Tiere irgendwelcher Art hält, wenn man Blumenbretter anbringt usw. usw. Im „Vorwärts“ wurde vor kurzem ein skandalöser Vertrag niedriger Gehalts, der sogar die sofortige Auflösung des Mietverhältnisses ausbedingte für den Fall, daß Kinder des Mieters auf dem Hof oder auf den Fluren spielen würden.

Gewiß muß Ordnung in jedem Miet Hause herrschen; das ist mehr noch im Interesse aller Mieter als des Eigentümers. Aber die Dehnbarkeit der Hausordnungsbestimmungen gibt dem Hauswirt die Möglichkeit, „ständige Verstöße“ als Vorwand zu einer Kündigung gegen einen Mieter zu benutzen, den er auf andere Weise nicht los werden kann. Es wird Aufgabe der Vermieterungsämter sein, alle von Hauseigentümern gemachten Versuche unzurechtiger Ausnutzung der Hausordnungsparagraphen aufs schärfste zurückzuweisen. Sie werden, um den Schädigungen geistlichen von Hauswirten zu begegnen, den Begriff der „Schuldenwürdigkeit“ des Mieters so eng wie möglich zu fassen haben.

Dienstprämien. Die Firma Karl Freudenberg in Weimern, eine der größten Lederfabriken Deutschlands, hat Dienstprämien für die Arbeiter und Angestellten eingeführt. Wer fünf Jahre im Betriebe tätig ist, wird eine Prämie von 1200 Mk. in Aussicht gestellt. Nach § 2 erfolgt die Auszahlung der Prämie aber erst nach weiteren fünf Jahre Dienstjahren. Also Prämie nach 20 Jahren. Und nach § 3 erlischt der Anspruch auf die Prämie, wenn der Arbeiter aus einem der sofortigen Aufhebungen des Arbeitsverhältnisses rechtfertigen Grunde von der Firma entlassen wird oder wenn er seinerseits aus dem Arbeitsverhältnis ohne Einhaltung einer vierwöchigen Kündigungsfrist ausgetreten ist. Wird also der Arbeiter infolge mangelnden Wohlverhaltens kurz vor Ablauf der 20 Jahre von der Firma zum Tausel gejagt — Gründe bieten sich bekanntlich bald —, so fallen die Voraussetzungen für den Bezug der Prämie fort.

Der Prämienvertrag erblickte das Licht der Welt, als die schlecht entlohnten Arbeiter sich zahlreich der Organisation angeschlossen hatten. Nun sollen sie durch den Vertrag eingeseilt und verhindert werden, durch die Organisation sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

Was nennt man Wohlfahtsmaßstab? Das was man an Meidern haben kann, sagt der Staats-

sekretär des Reichswirtschaftsamts auf Anfrage:

„Euer Hochwohlgeboren Anregung, die Bezugshelmsstellen darauf hinzuweisen, daß an Erwerbsstände, bei denen ein angemessener Anzug Voraussetzung der Berufstätigkeit ist, ein Bezugshelm auf einen neuen Anzug auch dann auszustellen ist, wenn der Antragsteller schon einen oder mehrere Anzüge besitzt, wird in Form eines Hinweises auf die bestehende Regelung in den „Mittelungen der Reichsbekleidungsstelle“ entprochen werden. Zurzeit ist gestattet als Bestand an Oberkleidung für Männer unter anderem ein Werttaganzug, ein Sonntaganzug sowie zwei weitere als Einzelstücke bestehende Arbeitsanzüge. Ausnahmeweise können überdies an Personen, die durch ihren Beruf oder ihre Beschäftigung zu einem größeren Aufwand an Kleidung gezwungen sind, was für Geschäftsreisende nicht bestritten werden soll, Bezugshelms auch über diesen Bestand hinaus, aber nur in mäßigem Umfang, ausgestellt werden. Hierbei sind die Antragsteller zunächst aber darauf hinzuweisen, sich durch Abgabe gebrauchter Stücke einer Bezugshelms ohne Prüfung der Anschaffungsnotwendigkeit zu verhaften. Nur wenn aus zureichenden Gründen diese Art der Bezugshelmsbeschaffung unmöglich erscheint, soll von der bezeichneten Ausnahme Gebrauch gemacht werden. Ich darf noch darauf hinweisen, daß bei schwerem Krankheitsfällen, die einen besonders starken Verbrauch von Kleidungsstücken für die Kranken zur Folge haben, auf Grund ärztlicher Bescheinigung in mäßigem Umfang auch Kleidungsstücke über den Rahmen der Bestandsliste hinaus bewilligt werden kann. Eine weitere Erleichterung obiger Bestimmungen ist nach Lage der Verhältnisse an Web- usw. Waren zurzeit nicht angängig, erscheint nach den bisher an die Reichsbekleidungsstelle ergangenen Anregungen auch kaum dringend notwendig.“

**Arbeiterversicherung.**

„Der Blattpflanz eine Krankheit? Eine Arbeiterin hatte den Hämorrhoid wegen heftiger Schmerzen in den Füßen aufgesucht. Der Arzt hatte eine entzündliche Erkrankung festgestellt. Er er auf Blattpflanz zurückführte. Er verordnete Blattpflanzsaft und gab der Arbeiterin den Rat, sich einer Beschäftigung im Freien zuwenden. Die Arbeiterin folgte jedoch diesem Rat nicht, und infolgedessen mußte sie nach einigen Monaten von neuem ärztliche Hilfe wegen heftiger Schmerzen in den Füßen in Anspruch nehmen. Die Besserung, die sie jetzt erzielte, hielt aber gleichfalls nicht an, und als sie nach einiger Zeit wiederum lassendärztliche Hilfe in Anspruch nahm, lehnte die Kaffe es ab, der Arbeiterin

